

Anlage 1

Die schlimmen Folgen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise in den Volkswirtschaften der Dritten Welt

Erzbischof Dr. Ludwig Schick

Impulsreferat beim Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Bamberg am 26.02.2010

Die Finanz- und Wirtschaftskrise trifft die Armen am stärksten

Das Schlimmste scheint überstanden zu sein. Eineinhalb Jahre nach dem „Ausbruch“ der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Spätsommer 2008 stehen die Zeichen in Deutschland wie in den meisten anderen Industrieländern auf Erholung. Die wirtschaftliche Talfahrt scheint gestoppt, der Geschäftsklimaindex des Münchner Ifo-Instituts stimmt insgesamt optimistisch. Internationale Großbanken wie Goldman Sachs oder die Deutsche Bank weisen wieder Quartalsgewinne in Milliardenhöhe aus. Und als ob es die Krise nie gegeben hätte, spekulieren Hedge-Fonds erneut auf den internationalen Finanzmärkten, indem sie sich beispielsweise US-Dollars zum niedrigen Zinssatz leihen, um sie in anderen Währungen, etwa dem brasilianischen Real, zu höheren Zinsen anzulegen.

Doch während die Finanzminister der Industrieländer schon letztes Jahr über den Ausstieg aus den fiskalpolitischen Konjunkturprogrammen berieten, erfasste die globale Krise viele Entwicklungsländer mit deutlicher zeitlicher Verzögerung, dafür aber mit voller Wucht. Im Laufe des letzten Jahres korrigierten Vereinte Nationen, Weltbank und Internationaler Währungsfonds ihre Wirtschaftsprognosen für Afrika, Asien und Lateinamerika nahezu im Monatstakt nach unten. Welches Ausmaß die Krise für die Länder des globalen Südens hat, ist noch kaum absehbar. Fest steht aber, dass anfängliche Prognosen, die Krise würde gerade die armen Länder verschonen, falsch waren. Man meinte, diese könne die Entwicklungsländer nicht treffen, weil sie ohnehin von den globalen Finanzmärkten weitgehend abgekoppelt wären. Richtig ist, dass diese Länder von der Finanzkrise nicht unmittelbar betroffen waren. Aber die indirekten Effekte, wie die sinkende Nachfrage nach Exportprodukten, der Einbruch vieler Rohstoffpreise und der Rückgang der Überweisungen von Arbeitsmigranten nach Europa und in die USA in ihre Heimat, treffen viele dieser Länder nun besonders heftig.

Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise sind für die Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern dramatisch. Armut, Arbeitslosigkeit und Hunger steigen massiv an. Frauen und Kinder sind davon überproportional betroffen. Die Hauptleidtragenden der Krise sind damit ausgerechnet diejenigen, die sie am wenigsten zu verantworten haben. Die Chance, die Millenniumsentwicklungsziele wie geplant bis zum Jahr 2015 zu verwirklichen, rückt in immer weitere Ferne. Dass die Menschen in vielen Ländern des Südens die Ausläufer der Wirtschafts- und Finanzkrise stärker zu spüren bekommen als die Menschen in den reichen Industrieländern, hat vor allem drei Gründe:

- Viele der ärmsten Länder des Südens befinden sich in einer sozialen, ökonomischen und politischen Dauerkrise, die durch die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise noch verstärkt wird. Sie sind aufgrund ihrer strukturellen Schwächen bei solchen Schocks verwundbarer und leiden länger unter den Folgen der Krise.
- Die reicheren Länder können es sich leisten, die Krise sozial und ökonomisch abzufedern. Sie verfügen über umfassende soziale Sicherungssysteme, haben finanzielle Rettungsschirme für ihren Bankensektor aufgespannt und zur Unterstützung der Wirtschaft Konjunkturprogramme in vierstelliger Milliardenhöhe aufgelegt. Den meisten Ländern des Südens fehlt der finanzielle Spielraum für derartige Maßnahmen.
- Die Rettungsschirme und Konjunkturprogramme der Industrie- und Schwellenländer verschaffen den dortigen Banken und Unternehmen Wettbewerbsvorteile gegenüber

ihren ohnehin oft schwachen Konkurrenten in den Entwicklungsländern. Sie vergrößern damit die Ungleichheiten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, aber auch zwischen den ärmeren Entwicklungsländern und Schwellenländern wie China.

Verschärft wird die Situation in vielen Ländern durch einen immer deutlicher spürbaren Klimawandel, dessen Anzeichen sich unter anderem in Dürrekatastrophen in Ostafrika oder in verheerenden Überschwemmungen in Südostasien zeigen. Weltbank und Internationaler Währungsfonds haben angesichts dieses Krisenszenarios für die Länder des Südens bereits symbolisch den „Entwicklungsnotstand“ (development emergency) ausgerufen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist eine Systemkrise und wirft ethische Fragen auf

Bevor ich die wesentlichen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Entwicklungsländer benenne, möchte ich die Krise als solche reflektieren. Was zunächst wie eine Krise der Finanzmärkte aussah, hat sich inzwischen als eine fundamentale Krise des globalen Wirtschaftssystems herausgestellt. Die neoliberale Idee, dass sich die Märkte selbst regulieren, hat sich als Irrtum erwiesen. Diese Idee hat aber jahrzehntelang die Außenwirtschaftspolitik der mächtigsten Staaten geprägt. Nun ist eine bessere Regulierung auf nationaler und globaler Ebene dringend nötig. Nur so kann das Gemeinwohl auf nationaler und globaler Ebene wieder Ziel des wirtschaftlichen Handelns werden.

Die Zeit ist reif. Denn die Krise hat die Politik, die Finanz- und Wirtschaftsmacht, die Öffentlichkeit und die Menschen erschüttert. Sie hat auch eine beachtliche Reaktionsfähigkeit politischer Akteure gezeigt: Viel Geld wurde in kurzer Zeit für die Schutzschirme von Banken und Wirtschaft aufgebracht, weil politischer Wille und wirtschaftliche Macht zusammenwirkten. Das war notwendig. Wie schwer ist es aber dagegen, die Mittel zur Halbierung der Armut aufzubringen. Das wäre aber notwendig, überlebensnotwendig für Millionen von Menschen.

Einmal mehr ist hier der Bedarf an Ethik deutlich geworden, an Individual- und Institutionenethik. Die egoistische kurzfristige Nutzenorientierung Einzelner und einer deregulierten globalen Finanz(un)ordnung hat in die Krise geführt. Dagegen muss eine konsequente Orientierung am Gemeinwohl für Einzelne, aber auch für politische und wirtschaftliche Strukturen und ihre Regeln durchgesetzt werden.

Im Juni letzten Jahres hat der Vatikanvertreter bei der UNO in New York, Erzbischof Celestino Migliore, auf einer UNO-Fachkonferenz zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise unterstrichen, dass Ökonomie und Politik ethisch fundiert sein müssen. Er stellte fest, dass hinter der gegenwärtigen Krise eine Ideologie stehe, die die persönlichen Wünsche zum Hauptmotiv wirtschaftlicher Entscheidungen mache. Das habe zu einem Wirtschaftssystem geführt, bei dem der Erfolg weniger der großen Mehrheit schade. Papst Benedikt XVI. hat in seiner Enzyklika „Caritas in veritate“ (2009) diesen Zusammenhang von Ideologie und Ökonomie beleuchtet. Er analysiert die Krise als Folge eines Entwicklungsmodells, das allzu lange auf wirtschaftliches Wachstum und deregulierte Märkte gesetzt hat. Die Krise ist demnach mehr als ein zyklisch auftretendes Wesensmerkmal der globalisierten Marktwirtschaft. Sie ist eine Krise des Systems und des ihr inhärenten Entwicklungsmodells. Zur Überwindung einer solchen Systemkrise sei die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen auf der Grundlage ethischer Prinzipien notwendig.

Wir Christen sind in besonderer Weise aufgerufen, eine wahre globale Solidarität zu verwirklichen. Aus unserem Glauben erwächst eine hohe Achtung vor dem Menschen, vor seiner Würde, seiner Freiheit und seiner Verantwortung, auch eine hohe Achtung vor dem Guten im Menschen und vor seinen von Gott gegebenen Potentialen. Dies schließt einen realistischen Blick auf die Anfälligkeit des Menschen für die Sünde nicht aus.

Eine politische Ausformung der Weltwirtschaftsordnung wird ohne Moral, Maß und Mäßigung nicht auskommen. Genauso sicher ist aber auch, dass moralische Appelle und Vorwürfe der grenzenlosen Gier allein nicht weiterführen. Sicher geht es auch um Tugend, um Individualethik; aber eben auch um gerechte Strukturen, um ethisch angeleitete Strukturreformen bzw. den Aufbau neuer Strukturen und Regeln. Darauf werde ich gleich noch zurückkommen.

Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer

Aufgrund unserer vielfältigen Kontakte zu den Ortskirchen in den Ländern des Südens und Ostens wissen wir darum, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise alarmierende Auswirkungen auf die Entwicklungsländer und die dort lebenden Menschen hat. Ihnen brechen wichtige Einnahmequellen weg, etwa beim Rohstoffexport, im Tourismus oder bei den Rücküberweisungen der Migranten. Viele verlieren ihre Arbeitsplätze, und selbst in der informellen Wirtschaft schrumpfen die Einkommen aufgrund fallender Rohstoffpreise, z. B. bei den Müllsammlern in den großen Städten. Die Kosten für den zusätzlichen Schuldendienst und den Nahrungsmittelzukauf steigen vielerorts deutlich an. Im Gegensatz zu den reichen Staaten stehen den armen Ländern aber keine Steuermilliarden zur Verfügung, um die Folgen für ihre Bevölkerung auszugleichen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat viele Entwicklungsländer inmitten einer Nahrungsmittelkrise getroffen. So ist deren Situation nun durch das Zusammentreffen mehrere Krisenfaktoren gekennzeichnet. So wurde z. B. durch die dramatischen Steigerungen der Preise für Grundnahrungsmittel von bis zu 100 Prozent zu Beginn des Jahres 2008 Versorgungsdefizite ausgelöst oder verstärkt. Laut Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen fallen allein als Folge dieses Preisanstiegs 100 Millionen Menschen mehr unter die absolute Armutsgrenze und müssen mit einem Dollar pro Tag auskommen. Allein dadurch erhöhte sich schon die Zahl der Unterernährten auf weltweit fast 1 Milliarde Menschen. Der gleichzeitig steigende Ölpreis trieb dabei nicht nur die Kosten für die Produktion und den Transport von Agrargütern in die Höhe, sondern bewirkte auch die Vermehrung des Anbaus nachwachsender Rohstoffe. In Kombination mit einer massiven Förderung der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen führte das zu einem zunehmenden Anbau nachwachsender Rohstoffe auf landwirtschaftlichen Nutzflächen. Dadurch wurde Ackerland, das zum Anbau von Grundnahrungsmitteln nötig ist, zweckentfremdet. Die dadurch ausgelöste Minderung der Nahrungsmittelproduktion führte zu einem deutlichen Preisanstieg. Dieser traf wiederum die Armen.

Anders als in entwickelten Ländern beeinflusst die Finanzkrise die Entwicklungsländer also weniger direkt als indirekt. Die Einschränkung bei der Vergabe öffentlicher Kredite, die als Entwicklungshilfe gewährt werden, und ein gedämpfter Welthandel spielen als Einflussfaktoren die größte Rolle.

Der von der Finanzkrise verursachte Rückgang der Wirtschaftsentwicklung in Entwicklungsländern wird allgemein auf etwa drei Prozent geschätzt – ausgehend von sehr hohen Wachstumsraten in den letzten Jahren, die bis zu sieben Prozent betragen. Als Konsequenz daraus wird mit einem Anstieg der in Armut lebenden Menschen um weitere 60 Millionen gerechnet. Die Kombination von Nahrungsmittel-, Finanz- und Wirtschaftskrise kann mithin zu einer Steigerung der Armut um zusätzlich 160 Millionen Menschen führen. Je nach Dauer der Krise und nach der Fähigkeit oder Unfähigkeit der Weltgemeinschaft, angemessen auf sie zu reagieren, kann die Zunahme noch weit höher ausfallen. Die Ausbreitung der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Entwicklungsländern trifft also vor allem die in Armut und Elend lebende Bevölkerungsmehrheit. Die geringen Arbeitseinkommen sinken und die Chancen, langfristig der Armut zu entkommen, werden geschmälert. Viele Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit werden damit zunichte gemacht.

Die Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Entwicklungsländer sind äußerst vielschichtig. Bei genauerer Betrachtung lassen sich folgende einzelne Auswirkungen festmachen:

- Die relativ hohen Raten beim Wirtschaftswachstum, die auch die meisten Entwicklungsländer in den vergangenen Jahren verzeichnen konnten, verdankten sich zu einem erheblichen Teil steigenden **Exporteinnahmen aus Rohstoffen**, wobei sowohl die ausgeführten Mengen als auch die Preise aufgrund zunehmender Nachfrage vor allem aus Schwellenländern wie China deutlich nach oben wiesen. Diese starke Abhängigkeit vom Rohstoffexport zeigt nun ihre Kehrseite. Nach sieben aufeinander folgenden Jahren mit Exportwachstum ist der Umfang der Exporte aus Entwicklungs- und Schwellenländern von 2008 auf 2009 um 8 % und ihr Wert sogar um mehr als 25 % zurückgegangen. Das sind Durchschnittswerte, die im Einzelfall noch höher

ausfallen können. In Sambia beispielsweise, einem Land, dessen Gesamtausfuhren zu 70 % vom Kupferexport bestimmt sind, haben sich die Einnahmen aus dem Handel mit diesem Metall halbiert. Das daraus resultierende Handelsbilanzdefizit hat in Sambia wie in etlichen anderen Entwicklungsländern einen Abwertungsdruck auf die einheimische Währung erzeugt und so die Inflation angeheizt – was wiederum die Kreditzinsen steigen lässt und den Schuldendienst verteuert. Nach Berechnungen des Jesuit Centre for Theological Reflection in Lusaka sind die Lebenshaltungskosten für eine sechsköpfige Durchschnittsfamilie innerhalb von einem Jahr um 18 Prozent gestiegen.

- Wegen sinkender Nachfrage werden Fabriken geschlossen und Bergwerke stillgelegt. Die **Arbeitslosigkeit steigt**. So gingen beispielsweise im Kongo in kurzer Zeit 300.000 Arbeitsplätze in den Minen verloren. Die steigende Arbeitslosigkeit birgt auch die Gefahr steigenden Drucks auf die Arbeitsbedingungen und infolgedessen eine Erosion der Rechte der Arbeitenden. Nicht nur in den wirtschaftsschwachen Ländern, in denen überwiegend für die Märkte der wirtschaftsstarken Länder produziert, Rohstoffe gefördert und Dienstleistungen angeboten werden, baut sich dieser Druck auf, sondern in allen Ländern, die durch freie Märkte verbunden sind. Lohndumping, Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnissen werden befördert. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO schätzt, dass das Schlimmste auf dem Arbeitsmarkt erst noch bevorsteht. Und sie befürchtet, dass wie in der Vergangenheit auch bei einem wieder einsetzenden Aufschwung ein erheblicher Teil der Arbeitsplätze dauerhaft verloren geht und die bleibend hohe Nachfrage von Arbeitsuchenden das Lohnniveau nach unten drückt.
- Von den **Überweisungen von Emigranten** und Gastarbeitern aus dem Ausland leben Millionen von Familien in den ärmeren Ländern. Durch steigende Arbeitslosigkeit in den Industrieländern gehen auch diese Rückflüsse in die Heimatländer zurück. Weltweit sind diese Heimatüberweisungen in den vergangenen Jahren stark angestiegen und haben im Jahr 2008 mit 338 Mrd. US-Dollar das Dreifache der globalen Entwicklungshilfe erreicht. In manchen Ländern wie z. B. Honduras oder Nepal machen sie inzwischen 20 % und mehr des Bruttoinlandsprodukts aus. Während in der Vergangenheit dieses Einkommen einen wichtigen Puffer in Krisenzeiten bildete, verhält es sich jetzt in der globalen Krise prozyklisch und verschärft die Situation für die Bevölkerung in den betroffenen Ländern. So rechnet die Weltbank mit einem Rückgang von 2008 auf 2009 um gut 6 %. Dabei handelt es sich nur um die offiziell erfassten Zahlen. Da viele Arbeitsmigranten ohne legalen Aufenthaltsstatus einer Beschäftigung nachgehen, werden deren Arbeit und Überweisungen ebenso wenig statistisch erfasst wie der Verlust ihres Arbeitsplatzes. Wenn jetzt in den USA Arbeitsmigranten aus Mittelamerika oder in den Golfstaaten Bauarbeiter aus Südasien entlassen werden, belastet das die Heimatländer gleich doppelt: Einerseits fällt dringend benötigtes Einkommen aus, gleichzeitig müssen die Heimkehrer zusätzlich versorgt werden.
- Die **Kapitalflüsse in Entwicklungsländer brechen ein**. Viele Schwellen- und Entwicklungsländer erleiden sogar einen plötzlichen und massiven Kapitalabfluss. 2009 flossen nach Schätzungen des IWF 52,5 Mrd. US-Dollar an privatem Kapital (netto) aus diesen Ländern in die Industrieländer. Gegenüber dem Boomjahr 2007 brachen die Kapitalflüsse um über 750 Mrd. US-Dollar ein – und dies zu einer Zeit, in der die Länder des Südens zur Bewältigung der Krisenfolgen nicht weniger, sondern mehr Kapital benötigten. Gerät daraufhin die eigene Währung unter Abwertungsdruck, verteuern sich die in anderen Währungen zu bedienenden Kredite. Das bringt viele wirtschaftliche Akteure in Zahlungsschwierigkeiten und verschärft die Krise. Weiterhin schlägt sich die Verunsicherung durch die Finanzkrise in einer rückläufigen Investitionsbereitschaft der Unternehmen aus dem Ausland nieder. Dadurch werden Kredite teurer. Armen Ländern droht eine Neuverschuldung, ja sogar der Staatsbankrott. Das Entschuldungsbündnis „Erlassjahr“ kommt in seinem Schuldenreport 2009 zu dem Ergebnis, dass sieben Länder akut von Zahlungsunfähigkeit bedroht sind, bei weiteren sechs besteht ein hohes Risiko, kurzfristig in die Insolvenz zu geraten. Alle diese Länder befinden sich in Afrika.

- Wirtschaftlicher Rückgang und steigende Arbeitslosigkeit reduzieren die Steuereinnahmen in allen Staaten. Regierungen müssen ungeheure Summen für die Rettung der Banken zur Verfügung stellen. In den Industrieländern ist daher die Versuchung groß, die **Entwicklungshilfe zu reduzieren**. In einer Reihe von Ländern wurde die Entwicklungshilfe 2009 reduziert. Italien hat die Halbierung der offiziellen Entwicklungshilfe angekündigt; Irland plant, seine Entwicklungshilfe um 100 Millionen Euro zu senken; fast alle mittel- und osteuropäischen Länder haben ihre Hilfszusagen reduziert. Andere EU-Länder haben ihre Entwicklungshilfemittel nicht in dem Umfang erhöht, der notwendig wäre, um die international eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Auch in Deutschland hat Entwicklungsminister Dirk Niebel das Zwischenziel der Entwicklungshilfeleistungen von 0,51 % des Bruttonationaleinkommens, das im EU-Stufenplan verbindlich festgelegt ist, öffentlich in Frage gestellt.

Was ist zu tun? Entwicklungspolitische Notwendigkeiten

Sowohl aus der Perspektive globaler Gerechtigkeit als auch aus wohlverstandener Eigeninteresse der reichen Länder muss alles getan werden, um die schädlichen Auswirkungen der Krise in den Entwicklungsländern zu begrenzen und dort zügig eine positive wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu setzen. Die dafür erforderlichen Maßnahmen sind bekannt. Einige zentrale Punkte möchte ich herausgreifen:

- Nötig ist ein **fairer Welthandel** ohne Protektionismus seitens der reichen Länder, aber mit besonderen Regelungen für eine langsame, vorteilhafte Integration der ärmeren Länder. Wichtig ist hierbei, dass die Schwankungen insbesondere von Rohstoffpreisen und Währungskursen reduziert werden, weil deren häufiges Auf und Ab die Entwicklung dieser Länder beeinträchtigt. Länder, die jetzt auf Grund der globalen Krise in finanzielle Schwierigkeiten geraten, dürfen nicht zu Maßnahmen gezwungen werden, die die Rezession weiter verstärken oder die Voraussetzungen für eine spätere positive Entwicklung untergraben. Damit die für den Welthandel maßgeblichen Organisationen auch entsprechend handeln, sind die Mitspracherechte der ärmeren Länder dort weiter auszubauen.
- Es geht auch um eine **neue internationale Finanzarchitektur**, die demokratisch, unter angemessener Beteiligung der Schwellen- und Entwicklungsländer gestaltet werden muss. Bei der Integration in die internationalen Finanzmärkte dürfen die Regierungen ärmerer Länder nicht unter Druck gesetzt werden, alle Beschränkungen abzubauen. Sie müssen die Chance haben, ein Finanzsystem auf- bzw. auszubauen, das nicht auf die Interessen kurzfristig orientierter internationaler Finanzanleger ausgerichtet ist, sondern durch solide Geschäftsbanken und leistungsfähige Mikrofinanzinstitute der heimischen Realwirtschaft dient und insbesondere die Entwicklungschancen der Armen erhöht. Die reichen Länder müssen daran mitwirken, Geldwäsche und Steuerflucht aus den Entwicklungsländern einzudämmen, welche die ohnehin schon geringeren Handlungsmöglichkeiten der Regierungen ärmerer Länder weiter reduzieren. Das verlangt insbesondere, konsequent alle Steueroasen trocken zu legen, die sich häufig in den reicheren Ländern und in von ihnen abhängigen Territorien befinden. Notwendig ist ferner ein internationales Insolvenzverfahren, um Länder, die durch die Finanzkrise in Schwierigkeiten geraten sind, fair zu entschulden.
- Eine in diesem Zusammenhang sinnvolle Idee ist die auf internationaler Ebene einzuführende Besteuerung aller Arten von kurzfristigen Finanztransaktionen. So unterstützt etwa die Deutsche Kommission Justitia et Pax die Kampagne „Steuer gegen Armut“ zur Einführung einer solchen **Finanztransaktionssteuer**. Diese ist aus zwei Gründen ein geeignetes Mittel, um auf die verschiedenen Krisen zu reagieren: Die Steuer macht vor allem kurzfristige Spekulationen weniger attraktiv, die eine wichtige Ursache der Krisen war. Zudem generiert die Finanztransaktionssteuer langfristig und zuverlässig mehrere Milliarden Dollar, die dafür verwendet werden können, die Millenniumsentwicklungsziele zu verwirklichen und Armut nachhaltig zu bekämpfen.
- Ohne die **Aufstockung und Armenorientierung der öffentlichen Entwicklungshilfe** können die Länder des Südens weder die gegenwärtigen Krisenfolgen überwinden

noch künftigen Krisen vorbeugen. Schon vor der Krise fehlten vielen Ländern die Ressourcen, um Programme zur Armutsbekämpfung und zur Umsetzung der international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der Millenniumsentwicklungsziele, zu finanzieren. Mehr öffentliche Mittel sind aber eine notwendige, wenngleich nicht hinreichende Bedingung. So bleiben in den Entwicklungsländern Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur weiterhin Voraussetzung für eine armenorientierte Entwicklung. Die Forderung nach „good governance“ ist hier ebenso essentiell. Es gilt nun zu verhindern, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise die Entwicklungsfinanzierung und Armutsbekämpfung nicht gefährdet. Die 0,7-Prozent-Zusage muss fristgerecht eingehalten werden. Zur Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen sind auch wirkungsvolle Maßnahmen gegen Kapitalflucht und Steuervermeidung einzusetzen.

Wende zu einem neuen Entwicklungsmodell

Die Wirtschafts- und Finanzkrise trifft viele Länder des Südens besonders hart, weil sie dort auf bereits bestehende Krisen trifft: Die unbewältigte Nahrungsmittelkrise, die sich verschärfende Klimakrise, die je nach Region Wasserknappheit und Dürren oder Überschwemmungen zur Folge hat, und nicht zuletzt die Krise der politischen Systeme, in der sich zahlreiche so genannte „fragile“ Staaten von Afghanistan bis Zimbabwe befinden.

Die Gleichzeitigkeit dieser Krisen ist kein Zufall. In vielen Fällen ist sie Ausdruck eines irreführenden Entwicklungsmodells, das sich am Leitbild nachholender Entwicklung orientiert, das ökologisch und menschenrechtlich blind ist, das wirtschaftliches Wachstum mit gesellschaftlichem Fortschritt verwechselt, das auf Exportorientierung und Weltmarktintegration setzt und das Armutsbekämpfung primär als technische Herausforderung begreift, bei der die Kategorie sozialer Gerechtigkeit keine Rolle spielt. Je konsequenter Länder einem solchen Entwicklungsmodell folgten, umso verwundbarer wurden sie für die aktuellen Krisen.

Notwendig ist nun die Rück- bzw. Neubesinnung auf ein ganzheitliches Entwicklungs- und Wohlstandsmodell, das sich an

- ökologischer Tragfähigkeit,
- sozialer Gerechtigkeit,
- ökonomischer Effizienz,
- demokratischer Teilhabe,
- kultureller Vielfalt und
- internationaler Verantwortung orientiert.

Die Grundlage eines solchen Modells bilden das Völkerrecht und die universellen Menschenrechte. Ein solches Entwicklungs- und Wohlstandsmodell muss nicht neu erfunden werden. Die Regierungen haben in der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen im Jahr 2000 die normativen Grundlagen eines solchen Modells formuliert. Es kann außerdem aufbauen auf dem Diskurs über nachhaltige Entwicklung, der von der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 und der dort verabschiedeten Agenda 21 ausging – wenngleich der Begriff der Nachhaltigkeit seitdem verwässert wurde und damit zum Allgemeinplatz verkam.

Im Jahr 2012 wird aller Voraussicht nach der nächste große Weltgipfel über Umwelt und Entwicklung („Rio plus 20“) stattfinden. Die Zeit bis dorthin sollte als Chance genutzt werden, um angesichts der offenkundigen Unzulänglichkeiten des traditionellen Entwicklungs- und Wachstumsmodells in Zivilgesellschaft und Politik einen grundsätzlichen Diskurs über neue Wohlstandsmodelle und Entwicklungspfade zu führen, um die Lehren aus den gegenwärtigen Krisen zu ziehen, damit zukünftige Krisen verhindert werden können.